

## Schleswig-Holstein

## Nachrichten

## Bahn fährt wieder in Osten Holsteins

**KIEL** Die Deutsche Bahn will im Osten Schleswig-Holsteins am nächsten Montag im Regionalverkehr einige Verbindungen wieder aufnehmen, die seit Anfang September aus Mangel an Lokführern ausgefallen sind. Das betrifft besonders Früh- und Abendzüge zwischen Lübeck und Puttgarden, Lübeck und Lüneburg sowie Lübeck und Neustadt, wie die Bahn gestern bekanntgab. Die Bahn hat dazu Lokführer aus anderen Regionen, von DB Cargo und von externen Anbietern rekrutiert. Zu anderen Zeiten fahren auf diesen Strecken sowie zwischen Lübeck und Kiel vorübergehend weiterhin Busse statt Züge. Zum Fahrplanwechsel am 9. Dezember sollen wieder alle Verbindungen gefahren werden, so die Bahn. *lno*

## SPD will Klartext von Behörden

**KIEL** Die Landesregierung soll nach dem Willen der SPD-Opposition veranlassen, dass Behördenschreiben von Land und Kommunen an die Bürger in einer verständlichen Sprache und übersichtlichen Form abgefasst werden. „Derartige Schriftstücke sind oft zu kompliziert. Viele Menschen haben Schwierigkeiten, amtliche Bescheide zu verstehen, die meist direkte Auswirkungen auf ihre Lebenssituation haben“, moniert die SPD-Abgeordnete Birte Pauls in der Begründung eines Beschlussantrags an den Landtag. Der Beratungsbedarf zur Verständlichkeit sei bei den Sozialverbänden und der Bürgerbeauftragten des Landes kontinuierlich gestiegen, so Pauls. *ffu*

## Zündstoff für die Jamaika-Koalition

Wegen des Planungsbeschleunigungsgesetzes des Bundes droht Ärger in Kiel

Von Henning Baethge

**KIEL/BERLIN** Ein Gesetzentwurf des Bundes zur Planungsbeschleunigung bei Verkehrsprojekten droht zu Ärger in Schleswig-Holsteins Jamaika-Koalition zu führen. Grund ist die Absicht von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, bei Bauvorhaben künftig schon vor einer Erteilung der Baugenehmigung umfassende Arbeiten zu erlauben. Zudem will der CSU-Minister öfter als bisher die üblichen Erörterungstermine mit Betroffenen streichen. Während die Grünen im Landtag daher in Frage stellen, ob Schleswig-Holstein dem zustimmungspflichtigen Gesetz im Bundesrat seinen Segen erteilen soll, ist der Kieler FDP-Verkehrsminister Bernd Buchholz dafür: „Nach derzeitigem Stand grundsätzlich ja.“ Bei gegensätzlichen Voten der Partner müsste sich das Land laut Koalitionsvertrag im Bundesrat enthalten – was de facto ein Nein wäre.

Scheuer will Bauprojekte unter anderem dadurch beschleunigen, dass die Genehmigungsbehörde schon nach der Einleitung des sogenannten Planfeststellungsverfahrens „eine vorläufige Anordnung erlassen“ kann, in der „vorbereitende Maßnahmen oder Teilmaßnahmen zum Ausbau oder Neubau festgesetzt werden“.



**Geteilte Ansichten:** FDP-Minister Buchholz (li.) sagt „grundsätzlich ja“ zu den Plänen des Bundes, Grünen-Politiker Tietze hat Bedenken.

Die Grünen sind damit weder im Bund noch im Land einverstanden. Durch die Regelung würden „Rechtsschutz und Beteiligungsstandards abgebaut“, wettet ihr verkehrspolitischer Sprecher im Bundestag, Stephan Kühn. Scheuer setze damit auf „Konfrontation statt auf Dialog“. Etwas diplomatischer formuliert es der Verkehrsexperte der Grünen im Kieler Landtag, Andreas Tietze. „Das ist ein schwieriger Punkt für uns“, sagt er. Es gebe daher „Diskussionsbedarf“.

## Die Groko braucht zwei grün regierte Länder

Schleswig-Holsteins Linke fürchten sogar, dass durch die Pläne vollendete Tatsachen am Fehmarnbelt geschaffen werden. Der dort vorgesehene deutsch-dänische Tunnel soll nämlich durch das Gesetz auch gleich zum vordringlichen Projekt erklärt und damit den rein deutschen Projekten des Verkehrswegeplans gleichgestellt werden – ein Wunsch Schleswig-Holsteins, den die Grünen mittragen. Daher könnten am Belt bald ebenfalls vorgezogene Maßnahmen erlaubt sein, konstatiert Linken-Landeschef Lorenz Gösta Beutin und seine Bundestagskollegin Cornelia Möhring – und warnen: „Dazu würde auch die Aushebung der Ostsee für den Tunnel gehören.“ Das allerdings hält Tietze



für Unsinn und wirft den Linken „billige Panikmache“ vor.

Auch wehrt er sich gegen den Vorwurf der ostholsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn, die Grünen würden den Gegnern des Belt-tunnels mit der Zustimmung zur Planungsbeschleunigung am Belt „in den Rücken fallen“. Vielmehr gibt Tietze die Kritik zurück: „Wer im Glashauss sitzt, soll nicht mit Steinen werfen – das Planungsbeschleunigungsgesetz hat ja die SPD im Koalitionsvertrag mit der Union vereinbart.“ Zudem gab er zu erkennen, dass die Zustimmung der Kieler Grünen zum Gesetz im Bundesrat fraglich ist: Es lasse sich „jetzt noch nicht sagen“, wie man sich entscheide. Das Votum der grün regierten Länder ist deshalb wichtig, weil die große Koalition die Zustimmung von mindestens zwei von ihnen für das Gesetz braucht.

Für FDP-Mann Buchholz ist das prinzipiell keine Frage. „Bund und Länder beschäftigen sich ja schon länger mit der Frage, wie große Bauprojekte beschleunigt werden können – jeder konstruktive Vorschlag in diese Richtung ist also grundsätzlich zu begrüßen“, sagt er. Doch wünscht er sich noch Verbesserungen bei den Beratungen im Bundestag und Bundesrat: So will Buchholz die Umweltverbände wieder zu stärkerer Mitwirkung bei der Planung verpflichten. „Das wäre wichtig, um bereits in der Planungsphase einen vollständigen Überblick über die betroffenen Belange zu erhalten und so das Klagerisiko verringern zu können“, sagt er. Zudem will er für den Lärmschutz auf Straße und Schiene gemeinsame Regeln: „Da könnte man Synergieeffekte erzielen, die ebenfalls zur Beschleunigung beitragen.“

## Es begann mit einer Pleite

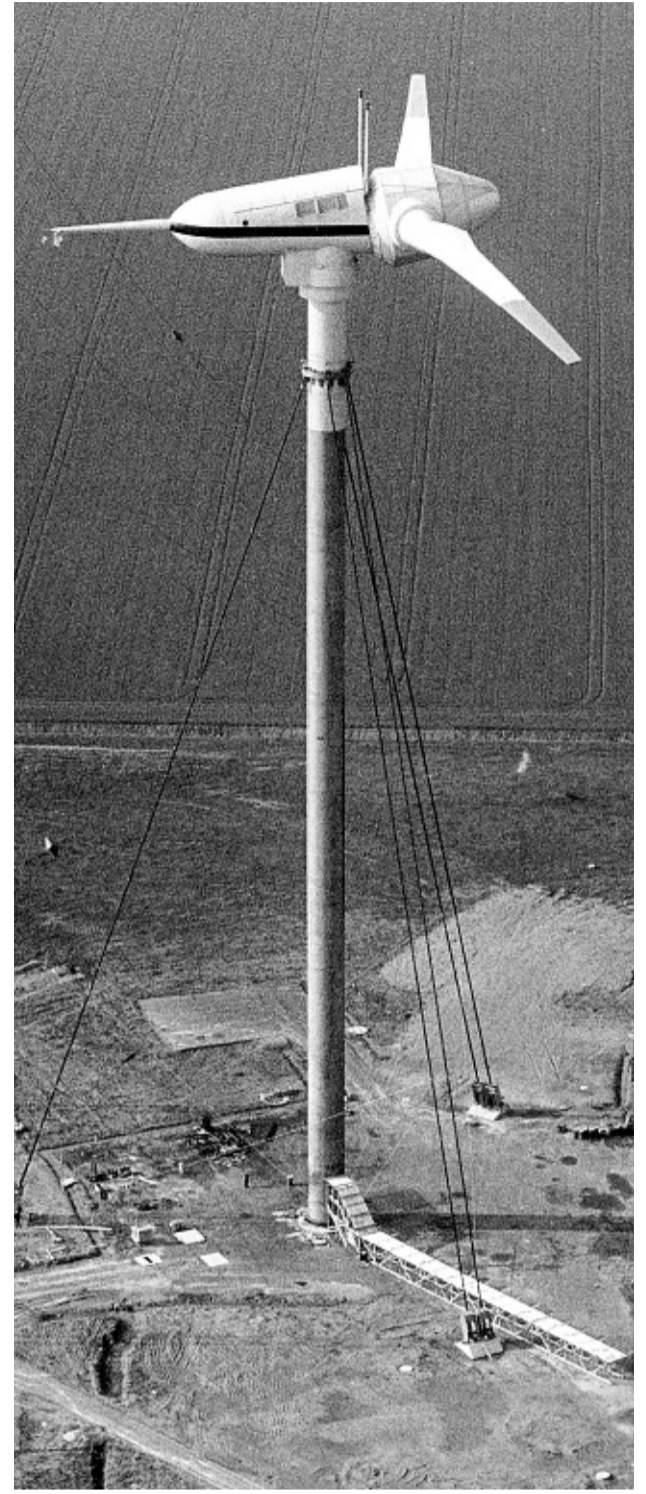


FOTO: PICTURE ALLIANCE

## KAISER-WILHELM-KOOG

Er war ein Grundstein der alternativen Energieerzeugung, aber auch einer der größten Fehlschläge in der Geschichte der Windenergienutzung: Deutschlands erste große Windkraftanlage namens Growian (Große Windanlage) im Kaiser-Wilhelm-Koog im Kreis

Dithmarschen. Gestern vor 35 Jahren – am 17. Oktober 1983 – wurde feierlich der Probebetrieb des 100 Meter hohen Monstrums gestartet. Doch schon vier Jahre nach Beginn des Probebetriebs ging die Anlage an seiner eigenen Masse kaputt. Im Sommer 1988 wurde Growian abgerissen. *sh:z*

## Lebensmittel-Kontrollure checken nur ein Drittel der Betriebe

Von Frank Jung

**KIEL** Den Vorstoß von Verbraucherschutzministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) zu einem Ausbau der Lebensmittelüberwachung (siehe Bericht auf Seite 1) halten die Praktiker vor Ort für überfällig. „Es muss personell nachgerüstet werden, denn es gibt einfach zu wenige Kontrollure. Gut, dass der Bedarf jetzt von politischer Seite angepackt wird“, sagt Angela Sus, Landesvorsitzende des Verbands der Lebensmittelkontrollure. Nach ihrer Einschätzung braucht der Berufsstand in Schleswig-Holstein 50 Prozent mehr Kräfte, um die so genannte „Soll-Kontrollzahl“ zu erreichen. Das wären angesichts von derzeit 70 Lebensmittelkontrolluren 35 zusätzliche Stellen.

Unter „Soll-Kontrollzahl“ versteht Verbands-Chefin Sus

diejenige Zahl von Betriebsbesuchen, die die Behörden eigentlich für erforderlich halten. Dazu wird jedes Unternehmen mit einer Punkte-Skala in eine Risiko-Kategorie eingruppiert. Ausschlaggebend sind unter

„Betriebe mit einem hohen Risiko erhalten schon jedes Viertel- oder halbe Jahr Besuch. Doch dafür bleiben andere auf der Strecke.“

Angela Sus  
Vorsitzende des Verbands  
der Lebensmittelkontrollure

anderem die Branche oder die baulichen Verhältnisse. Eine Gaststätte etwa wird häufiger in Augenschein genommen als ein Bauernhof. Auch kommt es darauf an, ob jemand in der Vergangenheit auffällig war, etwa bei der Hygiene oder der Doku-

mentation von Eigenkontrollen. „Betriebe mit einem hohen Risiko wie etwa Bäckereien oder Fleischereien erhalten schon jedes Viertel- oder halbe Jahr Besuch von uns“, schildert Angela Sus. „Doch dafür bleiben andere auf der Strecke, etwa Getreidehändler oder Kioske. Bei ihnen schiebt sich die Kontaktfrequenz nach hinten.“

Im vorigen Jahr haben die Lebensmittelkontrollure in Schleswig-Holstein laut Ministerium für Verbraucherschutz 14 746 Betriebe ein- oder mehrmals aufgesucht. In Frage gekommen wären jedoch, wie aus derselben Statistik hervorgeht, drei Mal so viele Betriebe – 44 335. In den Vorjahren war das Bild ähnlich. 2017 stellen die Kontrollure bei ihren Besuchen 4471 Verstöße fest, davon 3449 im Hygienebereich. Die meisten anderen Verfehlungen betra-

fen Kennzeichnung und Aufmachung.

Als Problem bei der Überwachung speziell der Gastronomie bezeichnet Sus, „dass Schleswig-Holstein ein Tourismusland ist“. Das bedeute nicht nur eine Vielzahl von Betrieben im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Es bringe auch eine besondere zeitliche Herausforderung mit sich: Viele Anbieter hätten nur im Sommer geöffnet. „In einem so verkürz-

ten Zeitraum ist es dann umso schwieriger, überall hinzukommen.“ Sus ist selbst als Lebensmittelkontrollurin im fremdenverkehrsstarken Kreis Ostholstein tätig.

Alle 69 Kollegen der Verbandsvorsitzenden sind bei Kreisen und kreisfreien Städten angestellt. Diese sind per Bundesgesetz für die Lebensmittelüberwachung zuständig – und können deshalb vom Land zu Neu-Einstellungen

DAS NEUE SPEZIALISTENTEAM FÜR KRISEN  
Schnelle-Eingreif-Truppe wirkt

Effizienteren Schutz der Verbraucher bei Krisenfällen: Das verspricht sich das Land von einem dreiköpfigen Kontrollteam, das es im Sommer im Landeslabor in Neumünster angesiedelt hat. „Die erste Bewährungsprobe ist erfolgreich bestanden“, sagt Verbraucherschutzministerin Sabine Sütterlin-Waack.

Als im Juni der Verdacht aufkam, Eier könnten mit dem Insektengift Fipronil belastet sein, checkte das neue Team zusammen mit den Kreisen innerhalb von drei Tagen 20 Legehennenbetriebe in Schleswig-Holstein – und gab Entwarnung. Im nördlichsten Bundeslande waren alle Befunde negativ. *ffu*

nur sensibilisiert und mit Zuschüssen motiviert, nicht aber verpflichtet werden. Verbraucherschutzministerin Sütterlin-Waack möchte deshalb ein Gutachten, das die Aufstellung der Lebensmittelüberwachung im Land auf den Prüfstand stellen soll, gemeinsam mit den Kreisen in Auftrag geben. Von einer Konferenz mit den Landräten in der kommenden Woche erhofft sie sich dazu Einigkeit. Bisher seien die Reaktionen aus den Kreisen auf die Pläne gemischt. Der Ministerin ist „wichtig, den Eindruck zu vermeiden, wir aus Kiel glaubten, alles besser zu wissen“. Deshalb möchte sie bewusst eine externe Unternehmensberatung mit dem Gutachten beauftragen. Eine Verstärkung der Kontrollbehörden, gegebenenfalls auch mit finanzieller Unterstützung des Landes, erwartet Sütterlin-Waack ab 2020.